

Prof. Dr. Paula Lutum-Lenger

Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart

Errichtung einer Bundesstiftung „Orte der deutschen Demokratieggeschichte“

Die geplante Errichtung einer Bundesstiftung „Orte der deutschen Demokratieggeschichte“ ist als Instrument zur Förderung der Auseinandersetzung mit Demokratieggeschichte nachdrücklich zu begrüßen. Die zu gründende Bundestiftung kann einerseits Repräsentantin der schon bestehenden demokratieggeschichtlichen Erinnerungsorte sein und diese auf bundespolitischer Ebene noch sichtbarer machen, sollte andererseits aber auch Anlaufstelle und Förderinstitution für neue Initiativen auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene sein, die am ehesten geeignet sind, die Aktualität des Themas in unserer unmittelbaren Gegenwart erfahrbar zu machen.

Aus Sicht des von mir vertretenen Hauses der Geschichte Baden-Württemberg, das seit seiner Gründung 1987 an zahlreichen historischen Orten Ausstellungen zur jüngeren Demokratieggeschichte präsentiert hat, wäre es wünschenswert, dass die Aufgabe der zu gründenden Stiftung primär in der Förderung von Erinnerungs- und Ausstellungsinitiativen liegt. Das würde zum einen der Gefahr vorbeugen, dass eine Zentralperspektive die große Vielfalt lokaler und regionaler Wurzeln von Demokratie verdeckt, und zum andern erleichtern, das zivilgesellschaftliche (meist ehrenamtliche) Engagement vor Ort mit Garanten wissenschaftlicher und musealer Professionalität zusammenzubringen. Sie könnte so auf vielfältige Art und Weise in die Gesellschaft hineinwirken und im Zusammenwirken mit anderen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren die Beschäftigung mit Demokratieggeschichte fördern.

Ich möchte an einem – durchaus austauschbaren - Beispiel konkretisieren, wie eine solche Förderung und Intensivierung von Auseinandersetzung mit Demokratieggeschichte gelingen kann, und lenke dazu den Blick auf einen konkreten Ort der Demokratieggeschichte, die Erinnerungsstätte Matthias Erzberger. Im Geburtshaus des Politikers schuf das Haus der Geschichte Baden-Württemberg 2003/04 für diesen damals weitgehend in Vergessenheit geratenen katholischen Wegbereiter deutscher Demokratie eine Dauer Ausstellung. Sie befindet sich auf der Schwäbischen Alb in Münsingen-Buttenhausen. Die Stadt Münsingen übernahm den Betrieb der Erinnerungsstätte, während das Haus der Geschichte Baden-Württemberg die Ausstellung bis heute betreut. Der Geschichtsverein Münsingen kümmert sich um die Besucherinnen und Besucher und übernimmt den Aufsichtsdienst. Die Erinnerungsstätte ruht also auf drei Säulen: dem Land, der Kommune und zivilgesellschaftlichem Engagement. Durch das erfolgreiche Zusammenwirken dieser drei Partner gelang es, die Erinnerungsstätte Matthias Erzberger sowohl lokal breit einzu binden als auch in nationalen Kontexten zu situieren. Die Partner bringen ihre jeweiligen Stärken ein: das Haus der Geschichte Baden-Württemberg sein professionelles Know-how in der Erarbeitung und Betreuung moderner Ausstellungen und die wissenschaftliche Dimension, die Stadt ihre Erfahrungen im Umgang mit historischen Gebäuden und in

der Vernetzung in der Tourismusregion Schwäbische Alb und der Geschichtsverein Münsingen den Transfer in die Gesellschaft.

Die Schaffung einer Dauerausstellung an einem Ort der Demokratiegeschichte wurde in der Folge ergänzt durch Initiativen zur Intensivierung des Erinnerns an Matthias Erzberger und Bemühungen, mehr Menschen zu einem Besuch der Erinnerungsstätte zu ermuntern. Wie sehr vernetzende Projekte demokratiegeschichtlichem Erinnern einen Schub verleihen können, zeigte exemplarisch das Erzberger-Jahr 2011 anlässlich des 90. Jahrestages der Ermordung des Politikers. In Städten und Dörfern vor allem im deutschen Südwesten fanden Dutzende von Veranstaltungen zu Erzberger statt. Die Bandbreite der Formate reichte von Vorträgen und einer wissenschaftlichen Tagung über Lesungen und künstlerische Zugänge bis zu Schulprojekten. Das Haus der Geschichte Baden-Württemberg sorgte für die Vernetzung und öffentliche Wahrnehmung sowie die Bewerbung als übergreifendes demokratiegeschichtliches Projekt.

Anlässlich des 100. Jahrestages der Ermordung Erzbergers wird 2021 wieder im Rahmen eines Erzberger-Jahres an diesen Wegbereiter deutscher Demokratie erinnert. Die Pandemie erschwert manche der Vorhaben. Erste Projekte wurden sehr erfolgreich neu ausgerichtet, in digitale Formate übertragen und so neue Zielgruppen erreicht. Das Geburtshaus Erzbergers mit der Erinnerungsstätte Matthias Erzberger als Ort der Demokratiegeschichte hat in den 17 Jahren seines musealen Bestehens eine über den nationalen Rahmen hinausgehende Wahrnehmung gefunden. Hier sei nur vermerkt, dass Frankreich als Zeichen deutsch-französischer Freundschaft bereit war, für eine beschränkte Zeit das französische Original der Waffenstillstandsurkunde von Compiègne nach Buttenhausen auszuleihen.

So naheliegend es angesichts meiner Tätigkeit im Haus der Geschichte Baden-Württemberg ist, ein Beispiel aus dessen Tätigkeit zu bemühen, so wenig ist das dahinterstehende Argument daran gebunden. Denn auch das Wirken der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt oder Politikergedenkstätten knüpfen an den historischen Ort an.

Eine „Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ sollte deshalb in besonderer Weise der Pflege und Förderung solcher Orte in ihrer ganzen Vielfalt und Heterogenität verpflichtet sein. Das könnte die Form annehmen, lokale, regionale oder auch nationale Initiativen durch die Finanzierung professioneller Beratung, der Heranziehung von Spezialisten für Ausstellungsgestaltung, Vermittlung und Digitalisierung zu unterstützen und so Projekte auf den Weg zu bringen. Das setzt ein besonders transparentes, ja demokratisches Vergabeverfahren voraus, das offen sein sollte für demokratiegeschichtliche Anstöße aus der ganzen Breite der Zivilgesellschaft. Zu begrüßen ist auch die Vernetzung solcher Initiativen über die Stärkung der AG „Orte der Demokratiegeschichte“.

Für den Erfolg der zu schaffenden „Stiftung Orte der Demokratiegeschichte“ erscheint es vor diesem Hintergrund zentral, nicht nur auf eine Förderung des jeweiligen musealen Ortes zu setzen, sondern ergänzend vielfältige Förderprogramme zu etablieren, die Vernetzung ausgehend von dem jeweiligen Ort der Demokratiegeschichte ermöglichen und

ortsübergreifend und ggf. international Projekte und Veranstaltungsreihen zu ermöglichen, die einen inhaltlichen Bezug zum jeweiligen Ort der Demokratiegeschichte haben.

Nicht über einen Gesetzestext zu regeln, ist der notwendige Mut und Weitblick aller, die in der zu schaffenden Stiftung Verantwortung tragen werden, nicht zuletzt die Bereitschaft, sich offen auf neue Zugänge zur Demokratiegeschichte einzulassen und neue Wege auszuprobieren. Dies und insbesondere die Offenheit für Anregungen von außen ist zudem dem Gegenstand der Demokratiegeschichte besonders angemessen. Demokratie ist schließlich nicht etwas Erstarres, sondern etwas Dynamisches: es geht darum die Bürger und Bürgerinnen zu erreichen, mitzunehmen, zur Gestaltung der Debatte über Demokratie anzuregen und das geht nicht in erster Linie zentral, sondern am allerbesten lokal und regional in der Vernetzung mit vielen Akteuren und Akteurinnen!